

W-5

Titel Für eine neue europäische Fiskalpolitik

AntragstellerInnen Mannheim

Zur Weiterleitung an Bundestagsfraktion, Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

1 In Zeiten, in denen gebetsmühlenartig Parolen und Appelle an die europäische Partnerschaft und Integri-
2 on beschworen und trotzdem die Reformprozesse nicht merklich vorangetrieben werden, müssen wir uns auf
3 die Suche nach konkreten Möglichkeiten begeben, die die Konvergenz des europäischen Kontinents mitgestal-
4 ten. In dem Bewusstsein, dass große ordnungspolitische Veränderungen auf europäischer Ebene zurzeit nicht
5 durchsetzbar scheinen, vergessen wir nicht, für was wir am Ende des Tages einstehen: Für das in Solidarität
6 geeinte Europa.

7 Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hatte im September letzten Jahres an der Pariser
8 Sorbonne-Universität seine „Initiative für Europa“ erklärt, in der er insbesondere bei der europäischen Fis-
9 kalpolitik konkrete Vorschläge nannte. Im Lichte jenes Denkanstoßes sehen wir wichtige Meilensteine, die es
10 umzusetzen gilt:

11 Wir fordern einen Korridor für die nationalen Körperschaftssteuern, der jedem EU-Mitgliedsstaat Freiräume
12 zur Besteuerung von Unternehmen schafft, jedoch stetig verringert werden kann und damit die ökonomische
13 Integration Schritt für Schritt vollendet.

14 Die Debatte um eine gemeinsame europäische Fiskalpolitik scheint mehr denn je festgefahren zu sein zwi-
15 schen den Idealen der „Nationalen Haushalte“ und dem gegenüberstehend einer vergemeinschafteten euro-
16 päischen Fiskalpolitik. Es müssen konkrete und umsetzbare Formen der harmonisierten Fiskalpolitik imple-
17 mentiert werden.

18 Wir fordern daher die Schaffung und Herausgabe einer deutsch-französischen Staatsanleihe, welche investi-
19 tionsbezogen für gemeinsame Wirtschaftsprojekte der beiden Staaten verwendet werden kann und somit als
20 Vorreiter für paneuropäische Staatsanleihen dienen kann.

21 In den letzten Jahren wurden verschiedene Vorschläge einer gemeinsamen europäischen Anleihe öffentlich
22 diskutiert. Insbesondere die Euro-Bonds gewannen an Popularität, sind jedoch auch aus heutiger Sicht nicht
23 realisierbar, wenn man die Vergemeinschaftung der Schulden und Risiken auf alle EU-Mitgliedsstaaten berück-
24 sichtigt und dies auf erheblichen Widerstand verschiedenster Länder stößt.

25 Wir fordern die Schaffung eines sicheren europäischen Wertpapiers, den sogenannten „European Safe
26 Bonds“.

27 Das Konzept sieht vor, dass eine eigens dafür geschaffene öffentliche Institution Staatsanleihen aller EU-
28 Mitgliedsstaaten, gewichtet nach dem BIP, aufkauft. Gedeckt würde die Operation mit der Emission von soge-
29 nannten „European Safe Bonds“,

30 welche jedoch in einer relativ risikolosen Seniortranche und einer risikoreichen Juniortranche unterteilt
31 werden. Die Anleihen der beiden Tranchen werden in einem festen Verhältnis von beispielsweise 70:30
32 ausgegeben. In einem Krisenfall würde zunächst die Anleihen der Juniortranche (30%) den Wertverlust
33 der Staatsanleihen abfangen, während die Anleihen der Seniortranche (70%) davon unbeeinflusst blieben,
34 was sie in solch einer Krise als „Safe harbour“ attraktiv macht. Ihre Sicherheit und Wertbeständigkeit ist
35 durch den ausreichenden Sicherheitspuffer der Anleihen der Juniortranche durchaus gegeben. Gleichzeitig
36 diversifizieren das europäischen Wertpapier die Bindung von nationalen Banken an nationale Staatsanleihen
37 als sicheres Wertpapier. Auf diesem Wege wollen wir somit verhindern, dass die Europäische Union nochmals

38 in den Strudel von Banken- und Staatskrisen verfällt. Die Gefahr, dass wirtschaftliche Krisen, ausgelöst durch
39 eine restriktive Kreditvergabe und/oder Kapitalflucht aus den betroffenen Ländern, sich verbreiten, könnte
40 mit den „European Safe Bonds“ eingedämmt werden.

41

42 **Begründung**

43 Korridor für nationale Körperschaftsteuern Im Jahre 2016 lag der Körperschaftsteuersatz in Deutschland bei
44 15%, während er beispielsweise in Frankreich auf 33,3% und in Bulgarien auf 10% beziffert werden kann. Es ist
45 unser Anspruch, die wirtschaftliche Konvergenz innerhalb der Europäischen Union zu vereinfachen. In einer
46 angeglichenen Besteuerung von Körperschaften erkennen wir den Schlüssel, um die nationalen Wirtschafts-
47 standorte innerhalb der EU zu einem einheitlichen, europäischen Wirtschaftsstandort zusammenzuführen
48 und die EU wettbewerbsfähiger und robuster nach außen zu machen. Zurzeit treibt die Europäische Kommis-
49 sion außerdem die Harmonisierung der Bemessungsgrundlage der nationalen Körperschaftsteuern voran,
50 welche die Berechnung der steuerpflichtigen Gewinne für Körperschaften innerhalb der EU vereinheitlichen
51 soll. Die sogenannte „Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)“ ist
52 zusammen mit der Angleichung der Körperschaftsteuersätze eine Möglichkeit, um ein wettbewerbsfähiges
53 und unbürokratisches Steuersystem zu implementieren. Ein anschließender Schritt könnte dann die gerechte
54 Verteilung der Steuererlöse aus diesem System an die EUMitgliedsstaaten sein, was bereits heute diskutiert
55 wird.

56 Deutsch-Französische Staatsanleihe Die aktuelle Debatte um die Vergemeinschaftung von fiskalischen Risiken
57 oder Schulden ist gezeichnet von Ressentiments zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, die im Zuge der letzten
58 Finanzkrise und der darauf folgenden Staatsschuldenkrise entstanden sind. Gleichwohl ist die Vorsicht an die-
59 ser Stelle zum Teil auch fachlich begründbar und verständlich. In jedem Fall zeugt diese Zurückhaltung bei
60 den fiskalpolitischen Anstrengungen auf europäischer Ebene von fehlendem Vertrauen in Europa. Insbeson-
61 dere bei der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Anleihe äußern sich viele Vorbehalte. Als eine Art
62 Ankerprojekt könnten dagegen bilaterale oder multilaterale Staatsanleihen geschaffen und emittiert werden,
63 welche erste Erfahrungswerte im Umgang mit paneuropäischen Staatsanleihen schaffen, ohne weitere juris-
64 tische Restriktionen

65 direkt umsetzbar sind und vor allen Dingen einen praktischen Fortschritt in die Diskussion um eine gemeinsa-
66 me europäische Fiskalpolitik bringen. Insbesondere Deutschland und Frankreich könnten dabei als Avantgar-
67 de fungieren, haben die beiden Länder doch schon eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit vorzuweisen
68 und würde eine solche gemeinsame Staatsanleihe dieser beiden Länder als sicher und risikolos eingestuft
69 werden.

70 Sicheres europäisches Wertpapier Heutzutage besteht der Bedarf nach einem sicheren europäischen Wertpa-
71 pier, welches auch in Krisenzeiten als „Safe harbour“ dient. Das Konzept der „European Safe Bonds (kurz: ESBY)“
72 greift eine neue Möglichkeit auf, ein solches Wertpapier zu schaffen, ohne dass Schulden innerhalb der EU
73 vergemeinschaftet würden. Ein solches Wertpapier besitzt gleichwohl eine geringe Ausfallwahrscheinlichkeit
74 und verringert dabei gleichzeitig die Bindung der nationalen Banken an eine nationale Staatsanleihe, welche
75 bisher als sicheres Wertpapier hinterlegt wurde, was die Gefahr einer Wechselwirkung von Staatskrise und
76 Finanzkrise bisher stets erhöhte.